

Bargeld in Gefahr: OeNB kämpft um gesetzliche Annahmepflicht!

Die OeNB fordert gesetzliche Regelungen zur Bargeldannahme in Österreich, während der digitale Euro als Ergänzung vorgestellt wird.



Österreich - Die Österreichische Nationalbank (OeNB) hat sich in einem aktuellen Vorstoß für gesetzliche Regelungen zur Annahme von Bargeld in Österreich ausgesprochen. Dieser Schritt erfolgt im Kontext einer intensiven Diskussion über die Rolle des Bargelds, die in Österreich stärker ausgeprägt ist als in vielen anderen europäischen Ländern. OeNB-Direktor Eduard Schock hebt die Notwendigkeit hervor, gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um den Wünschen der Bevölkerung nach Bargeld Rechnung zu tragen.

Laut den jüngsten Umfragen nutzen 94 Prozent der Österreicher Bargeld, während die Zahl der Geschäfte, die Bargeld nicht akzeptieren, von 6 Prozent im Jahr 2020 auf 9 Prozent gestiegen

ist. Schock warnt, dass die zunehmende Ablehnung von Bargeldzahlungen die Wahlfreiheit der Verbraucher gefährdet.

Bargeld und digitale Zahlungsmethoden

Um die Bargeldversorgung der Bevölkerung sicherzustellen, hat die OeNB gemeinsam mit dem österreichischen Gemeindebund und Banken eine Vereinbarung getroffen, die die Ausstattung von bis zu 120 Standorten mit Bankomaten vorsehen soll. Sollte dies nicht ausreichen, könnten zusätzliche regulatorische Maßnahmen notwendig werden.

Ein zentraler Punkt in den Diskussionen ist der Vorschlag der EU-Kommission, eine nationale Behörde zu schaffen, die sich mit den Herausforderungen und der Zukunft des Bargelds auseinandersetzt. Die OeNB strebt eine Gleichstellung von Bargeld und einem zukünftigen digitalen Euro an, für den ebenfalls eine Annahmepflicht vorgesehen ist.

Förderung des digitalen Euros

Im Rahmen dieser Bestrebungen hat die EU-Kommission ebenfalls Vorschläge zur Stärkung des Euro als Bargeld sowie zur Einführung eines digitalen Euros veröffentlicht. Euro-Bargeld soll als gesetzliches Zahlungsmittel klassifiziert werden, um den Zugang zu Banknoten und Münzen zu garantieren. Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis betont, dass der digitale Euro Bargeld ergänzen, nicht ersetzen soll.

Eine Umfrage hat ergeben, dass 60 Prozent der Befragten weiterhin Bargeld als Zahlungsmittel präferieren, während die Nutzung digitaler Zahlungsmethoden stetig wächst. Besonders die COVID-19-Pandemie hat diesen Trend verstärkt. Die EU-Kommission hat zwei Maßnahmenpakete vorgeschlagen: einen Legislativvorschlag zur Sicherstellung der Akzeptanz von Bargeld sowie einen für die Schaffung eines Rechtsrahmens für den digitalen Euro.

Der digitale Euro wird als kostengünstige, sichere und widerstandsfähige Option präsentiert und könnte sowohl online als auch offline verwendet werden. Interessanterweise wird Datenschutz bei Offline-Zahlungen betont, da weniger personenbezogene Daten offengelegt werden müssen. Händler wären verpflichtet, den digitalen Euro zu akzeptieren, ausgenommen sehr kleine Betriebe.

Somit wird der digitale Euro als bedeutendes Instrument zur Wahrung der Währungshoheit der EU in einer zunehmend digitalisierten Welt angesehen. Die laufenden Entwicklungen unterstreichen die Notwendigkeit, Bargeld und digitale Zahlungsmethoden in einer harmonischen Balance zu halten, um den Ansprüchen der Verbraucher gerecht zu werden.

Der Standpunkt der OeNB und der EU über die Bargeldannahme zeigt die Wichtigkeit, die Bedürfnisse der Bevölkerung im Auge zu behalten, während gleichzeitig neue Technologien im Zahlungsverkehr implementiert werden. **Kosmo** und **EU-Kommission** beleuchten diese Entwicklungen ausführlich.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.kosmo.at • germany.representation.ec.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at